Verordnung zur Änderung des Viehseuchengesetzes.

Vom 2. April 1940.

Der Ministerrat für die Reichsverteidigung verordnet mit Gesetzeskraft:

§ 1

Das Viehseuchengesetz vom 26. Juni 1909 (Reichsgesetzbl. S. 519) wird wie folgt geändert:

1. Der § 10 Abs. 1 Nr. 9 erhält folgende Fassung:
„9. Schweinepest und ansteckende Schweinelähme (Teschener Krankheit);“.
2. Im § 14 Abs. 2 werden die Worte „für die Schweineseuche (§ 10 Abs. 1 Nr. 9) und“ gestrichen.
3. Im § 24 werden die Worte „Die Tötung darf nur in den Fällen angeordnet werden, die in diesem Gesetz ausdrücklich vorgesehen sind“ gestrichen.

Berlin, den 2. April 1940.

Der Vorsitzende
des Ministerrats für die Reichsverteidigung

Göring

Generalfeldmarschall

Der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung

Frick

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei

Dr. Lammers

4. Der § 27 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

„Erforderlichenfalls auch Reinigung und Entseuchung von Tieren, die Träger des Ansteckungsstoffs sein können, von Fleisch, von dem anzunehmen ist, daß es den Ansteckungsstoff enthält, und von Personen, die mit kranken oder verdächtigen Tieren in Berührung gekommen sind.“

§ 2

Der Reichsminister des Innern erläßt die erforderlichen Durchführungsbestimmungen.

§ 3

Die Verordnung tritt eine Woche nach der Verkündung in Kraft.

Verordnung zur Änderung der Strafvorschriften
über fahrlässige Tötung, Körperverletzung und Flucht bei Verkehrsunfällen.

Vom 2. April 1940.

Der Ministerrat für die Reichsverteidigung verordnet mit Gesetzeskraft:

Artikel I

Das Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich wird wie folgt geändert:

1. Im § 222 Abs. 1 werden die Worte „Gefängnis bis zu drei Jahren“ durch das Wort „Gefängnis“ ersetzt. § 222 Abs. 2 wird aufgehoben.
2. Im § 230 Abs. 1 werden die Worte „Gefängnis bis zu zwei Jahren“ durch die Worte „Gefängnis bis zu drei Jahren“ ersetzt. § 230 Abs. 2 wird aufgehoben.
3. § 232 Abs. 1 erhält folgende Fassung:
„Die Verfolgung leichter vorsätzlicher sowie aller durch Fahrlässigkeit verursachter Körperverletzungen (§§ 223, 230) tritt nur auf Antrag ein, es sei denn, daß die Strafverfolgungsbehörde wegen des besonderen öffentlichen Interesses an der Strafverfolgung ein Einschreiten von Amts wegen für geboten erachtet.“
4. Hinter § 139 des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich wird eingefügt:

§ 139 a

Wer sich nach einem Verkehrsunfall der Feststellung seiner Person, seines Fahrzeugs oder

der Art seiner Beteiligung an dem Unfall vorsätzlich durch Flucht entzieht, obwohl nach den Umständen in Frage kommt, daß sein Verhalten zur Verursachung des Unfalls beigetragen hat, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren oder mit Haft und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

In besonders schweren Fällen ist die Strafe Gefängnis nicht unter sechs Monaten oder Zuchthaus.“

Artikel II

1. Im § 374 Abs. 1 Nr. 3 der Reichsstrafprozessordnung werden die Worte „, sofern nicht die Körperverletzung mit Übertretung einer Amts-, Berufs- oder Gewerbspflicht begangen worden ist“ gestrichen.
2. § 22 des Gesetzes über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai 1909 (Reichsgesetzbl. S. 437) wird gestrichen. Artikel II Nr. 7 und 8 des Gesetzes vom 7. November 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 2223) entfällt.

Artikel III

§ 139 a des Strafgesetzbuchs für das Deutsche Reich in der Fassung des Artikels I gilt auch in der Ostmark.

Berlin, den 2. April 1940.

Der Vorsiehende
des Ministerrats für die Reichsverteidigung
Göring
Generalfeldmarschall

Der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung
Frick

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
Dr. Lammers

Artikel IV

Die Verordnung tritt am siebenten Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

**Verordnung zur Einführung der Glashüttenverordnung
im Reichsgau Sudetenland.
Vom 3. April 1940.**

Auf Grund des § 7 des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über die Verwaltung der sudeten-deutschen Gebiete vom 1. Oktober 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1331) wird folgendes verordnet:

1. Der Erste bis Vierte und der Sechste Abschnitt der Verordnung über Glashütten, Glaskleifereien, Glaszereien, Glasmalereien, Glashafenfabriken und verwandte Betriebe (Glashüttenverordnung) vom 23. Dezember 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1961) werden

Berlin, den 3. April 1940.

Der Reichsarbeitsminister

In Vertretung
Dr. Syrup

Der Reichsminister des Innern

In Vertretung
Pfundtner

mit Wirkung vom 1. August 1940 für den Reichsgau Sudetenland mit der Maßgabe in Kraft gesetzt, daß an Stelle der im § 20 Abs. 3 vorgesehenen Frist für die Ausführung baulicher Änderungen eine Frist bis zum 31. Dezember 1942 gewährt wird.

2. Soweit Vorschriften, die durch diese Verordnung im Reichsgau Sudetenland eingeführt werden, nicht unmittelbar angewandt werden können, sind sie sinngemäß anzuwenden.

**Verordnung über Arbeitslosenhilfe im Saarland.
Vom 5. April 1940.**

Im Saarland gelten für die Arbeitslosenhilfe zum Teil noch Vorschriften, die vor der Rückgliederung erlassen sind und von denen des Reichsrechts abweichen. Um nunmehr die Vorschriften über Arbeitslosenhilfe im Saarland und im übrigen Reichsgebiet zu vereinheitlichen, wird auf Grund des § 1 der Verordnung zur Änderung von Vorschriften über Arbeitsloseneinsatz und Arbeitslosenhilfe vom 1. September 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1662) verordnet:

§ 1

Vom 1. April 1940 ab gilt im Saarland das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AWAVG) vom 16. Juli 1927 (Reichsgesetzbl. I S. 187) nebst den zu seiner Ergänzung, Änderung und Durchführung erlassenen Vorschriften, jedoch mit den Besonderheiten, die sich aus dieser Verordnung ergeben.

§ 2

Vom 1. April 1940 ab sind

1. die Verordnung über Arbeitslosenhilfe vom 5. September 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1674)

und die zur Durchführung dieser Verordnung erlassenen Vorschriften,

2. die Verordnung über Kurzarbeiterunterstützung vom 18. September 1939 (Reichsgesetzbl. I S. 1850) und die zur Durchführung dieser Verordnung erlassenen Vorschriften
im Saarland anzuwenden.

§ 3

Entgegenstehende Vorschriften des im Saarland geltenden Rechts treten mit Wirkung vom 1. April 1940 außer Kraft, § 13 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 der Verordnung, betreffend die Sozialversicherung von Unterstützungsempfängern der Erwerbslosenfürsorge, vom 16. Juni 1933 (Amtsbl. d. Regierungskomm. d. Saargeb. S. 274) jedoch erst am 15. April 1940. An die Stelle der §§ 15, 17 und 19 dieser Verordnung in der Fassung der Verordnung vom 5. November 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 1635) treten die entsprechenden Vorschriften des Reichsrechts über die Erhaltung von Anwartschaften Arbeitsloser in der Rentenversicherung und der knappschaftlichen Pen-